



LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2002 - 2006

COSTA RICA

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2002 - 2006

COSTA RICA

1.	ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT MIT COSTA RICA	4
1.1.	Allgemeine Ziele der Zusammenarbeit	4
1.2.	Ziele regionaler Zusammenarbeit.....	5
1.3.	Ziele bilateraler Zusammenarbeit.....	6
2.	DIE POLITISCHE AGENDA COSTA RICAS.....	8
3.	LÄNDERANALYSE	8
3.1.	Politische Lage	10
3.2.	Wirtschaftliche und soziale Lage	7
3.2.1.	Wirtschaftliche Lage.....	10
3.2.2.	Handelspolitik.....	13
3.2.3.	Soziale Lage	14
3.3.	Nachhaltigkeit	14
3.4.	Mittelfristige Herausforderungen	15
4.	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT MIT COSTA RICA.....	16
4.1.	EG-Zusammenarbeit mit Costa Rica.....	17
4.1.1.	Erfahrungen	17
4.1.2.	Gelernte Lektionen	18
4.2.	Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit Costa Rica.....	19
4.3.	Weitere Kooperationsprogramme	20
5.	VORGESCHLAGENE ANTWORTSTRATEGIE DER EU-ZUSAMMENARBEIT	20
5.1.	Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit.....	20
5.2.	Prioritäten der Zusammenarbeit	21
5.3.	Antwortstrategie nach Schwerpunktsektoren.....	21
5.3.1.	Modernisierung und Dezentralisierung des Staates	21
5.3.2.	Wirtschaftliche Zusammenarbeit.....	22

5.3.3.	Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik.....	23
5.3.4.	Nichtschwerpunktbereiche	23
5.4.	Kohärenz mit EU-Politik.....	24
5.5.	Komplementarität mit EU-Mitgliedstaaten und sonstige Zusammenarbeit zwischen Gebern.....	24
6.	NATIONALES RICHTPROGRAMM	25
6.1.	Finanzierungsinstrumente der Zusammenarbeit.....	25
6.2.	Überprüfung und Evaluierung	25
6.3.	Maßnahmen in den Schwerpunktsektoren.....	25
6.3.1.	Modernisierung und Dezentralisierung der Regierung	25
6.3.2.	Wirtschaftliche Zusammenarbeit.....	26
6.3.3.	Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik.....	26
6.4.	Querschnittsfragen.....	27
6.5.	Voraussichtlicher Durchführungsplan	28
7.	ANHÄNGE	29
Anhang 1	Ländermerkblatt Costa Rica	
Anhang 2	Nationale Entwicklungsagenda von Costa Rica - Sektorpolitiken	
Anhang 3	Costa Rica – gesamtwirtschaftliche und soziale Indikatoren	
Anhang 4	EG-finanzierte Zusammenarbeit – Auflistung der Projekte	
Anhang 5	Gebermatrix	
Anhang 6	Politik-Mix	

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2002 - 2006

COSTA RICA

ZUSAMMENFASSUNG

Das vorliegende Länderstrategiepapier ist Teil eines kontinuierlichen Prozesses im Rahmen der Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit Costa Rica. Es stellt bei der Verbesserung des Programmierungsprozesses im Rahmen der Reform der Auslandshilfeverwaltung einen wesentlichen Bestandteil dar, von dem eine Steigerung der Kohärenz zwischen den strategischen Prioritäten der EU und dem für jedes einzelne Partnerland geeigneten Politik-Mix erwartet wird. Die Strategie beruht sowohl auf Costa Ricas eigener Entwicklungsagenda als auch auf den Kooperationsgrundsätzen der Kommission sowie auf der im März 2001 mit Costa Rica vereinbarten Gemeinsamen Absichtserklärung. Zudem baut sie auf der vorangegangenen Länderstrategie für den Zeitraum 1998 - 2000 auf. Für den Zeitraum 2002 - 2006 wird sich das Programm der Kommission zur Zusammenarbeit mit Costa Rica vorrangig auf drei Schwerpunkte konzentrieren: Modernisierung und Dezentralisierung des Staates, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Wissenschaft. Im Rahmen der Gemeinsamen Absichtserklärung wurde diesen Schwerpunktbereichen ein Richtbetrag von 31,5 Mio. EUR zugewiesen. Die endgültige Auswahl der Projekte sowie deren entsprechende Finanzausstattung wird sich aus den Ergebnissen der von der Kommission durchgeführten detaillierten Studien zu Projektermittlung und -vorbereitung ergeben. Die Finanzierung des Richtprogramms hängt von den verfügbaren Finanzmitteln des jährlichen Kommissionshaushalts ab, die durch Projektfinanzierungen aus anderen thematischen Haushaltlinien sowie aus den Regionalprogrammen für Zentral- und Lateinamerika ergänzt werden. Ein Ländermerkblatt ist in Anhang 1 beigelegt.

1. ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT MIT COSTA RICA

1.1. Allgemeine Ziele der Zusammenarbeit

Gemäß Artikel 177 des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft (EGV) fördert die Politik der Gemeinschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

- die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere derjenigen unter ihnen, die in höchstem Maße benachteiligt sind,
- die harmonische und schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, sowie
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.

Die Politik der Gemeinschaft sollte des Weiteren zum allgemeinen Ziel der Entwicklung und Festigung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie zur Stärkung der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitragen.

In Ergänzung dazu haben der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission in ihrer Gemeinsamen Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft vom 10. November 2000 zur Eindämmung und schlussendlichen Beseitigung von Armut eine Reihe von Schwerpunktbereichen festgelegt. Hierzu gehören: Anbindung der Entwicklung an den Handel, Unterstützung der regionalen Integration und Zusammenarbeit, Unterstützung der Wirtschaftspolitik und gleichberechtigter Zugang zu Sozialversorgung, Verkehrsdienstleistungen, Ernährungssicherheit und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie Aufbau institutioneller Kapazitäten, insbesondere im Bereich der Good Governance und der Rechtsstaatlichkeit.¹

1.2. Ziele regionaler Zusammenarbeit

Im Hinblick auf die besonderen Ziele und Grundsätze der Zusammenarbeit mit den Regionen Latein- und Zentralamerikas findet Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25.2.1992 über finanzielle und technische Zusammenarbeit der Gemeinschaft sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit mit asiatischen und lateinamerikanischen Ländern Anwendung. Diese Verordnung räumt der Stärkung des Kooperationsnetzes, der Förderung nachhaltiger Entwicklung und sozialer, wirtschaftlicher und demokratischer Stabilität durch Dialog auf institutioneller Ebene sowie durch wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit eine vorrangige Stellung ein.

1995 hob die Kommission in ihrer Mitteilung: "Europäische Union – Lateinamerika: Die Partnerschaft heute und die Perspektiven für ihren Ausbau 1996-2000" (KOM(95)495) die Notwendigkeit differenzierter Ansätze in Lateinamerika hervor, die den nationalen und subregionalen Gegebenheiten Rechnung tragen sollten.

Im Zusammenhang mit den in der Mitteilung der Kommission vom März 1999 über eine neue Partnerschaft EU-Lateinamerika (KOM(99)105) und die Folgemaßnahmen zum Gipfeltreffen von Rio von 1999 (KOM(2000)670) festgelegten Leitlinien hob die Kommission erneut ihr Ziel hervor, die Partnerschaft zu verstärken, und schlug intensiveres Tätigwerden in den folgenden drei Schwerpunktbereichen vor: Förderung und Wahrung der Menschenrechte, Förderung der Informationsgesellschaft und Bekämpfung der sozialen Ungleichgewichte sowie die Aufnahme dieser Prioritäten in den auf bilateraler und subregionaler Ebene bestehenden Dialog.

Historisch gesehen wurde die regionale Zusammenarbeit zwischen der EU und den sechs Republiken des zentralamerikanischen Isthmus von einem einzigartigen Mechanismus geprägt, dem Dialog von San José, der anlässlich eines Treffens von Ministern der EU und der zentralamerikanischen Staaten 1984 in Costa Rica ins Leben gerufen wurde und nun zum wichtigsten Forum für den politischen Dialog zwischen den beiden Regionen geworden ist. Dieser jährlich stattfindende Dialog war ursprünglich zur Unterstützung des Friedensprozesses und der Demokratie in der Region gedacht und wurde nach seiner Erneuerung im Jahr 1996 in Florenz auf Bereiche wie nachhaltige und gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, den Kampf gegen Unsicherheit und

¹ Nach der WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 wurden die Bereiche Handel und Entwicklung sowie Aufbau von institutionellen Kapazitäten erneut zur Priorität erklärt, was von der Europäischen Kommission im Dokument SEK (2001) 1903 vom 20. November 2001 vermerkt wurde.

Kriminalität sowie Rechtsstaatlichkeit und Sozialpolitik ausgeweitet. Die erfolgreiche Beendigung von Bürgerkriegen und militärischen Konflikten in Zentralamerika sowie die Wiederherstellung demokratischer Regierungsverhältnisse auf der Grundlage der Wahrung der Menschenrechte hatten zur Folge, dass sich der Dialog neuen Herausforderungen in Hinblick auf die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regionen zuwenden konnte.

Den gegenwärtigen Rahmen hinsichtlich der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Entwicklung bildet das Rahmenabkommen über die regionale Entwicklungszusammenarbeit, das 1993 zwischen den bereits erwähnten sechs zentralamerikanischen Ländern und der Kommission geschlossen wurde und 1999 nach der Ratifizierung durch alle Unterzeichnerstaaten in Kraft trat. Dieses Abkommen der "dritten Generation" deckt ein breites Spektrum von Sektoren ab und sieht die Schaffung eines Gemischten Ausschusses zur Überwachung seiner Durchführung vor sowie von Unterausschüssen zur eingehenden Prüfung bestimmter Bereiche des Abkommens.

Abschließend sind die einseitigen Zollpräferenzen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) und die mit ihm verbundenen zusätzlichen Anreizsysteme in den Bereichen Umwelt- und Arbeitsnormen und insbesondere Drogenbekämpfung zu nennen, ohne die der Überblick über die EU-Zusammenarbeit mit der zentralamerikanischen Subregion nicht vollständig wäre. Das Drogen-APS bedingt seit 1990 die Aufhebung der Zölle auf landwirtschaftliche und industrielle Exporte aus der Andengemeinschaft sowie den erwähnten sechs zentralamerikanischen Staaten in die EU. Dieses System wurde bis Ende 2004 verlängert.

1.3. Ziele bilateraler Zusammenarbeit

Innerhalb des oben erwähnten Rahmens bestimmen zwei weitere Sonderabkommen die EU-Zusammenarbeit mit Costa Rica. Das im Juni 1999 unterzeichnete Rahmenabkommen ("Convenio Marco") legt die Mechanismen zur Durchführung und Verwaltung von Projekten finanzieller und technischer sowie wirtschaftlicher Zusammenarbeit fest, klärt Verfahrensfragen und räumt den staatlichen Behörden eine bedeutendere Rolle bei der finanziellen und vertraglichen Ausgestaltung der Projekte ein. Dieses Abkommen muss von der Gesetzgebenden Versammlung Costa Ricas noch ratifiziert werden.

Die Gemeinsame Absichtserklärung (GA), die im März 2001 von EU und Costa Rica unterzeichnet wurde, sieht als Richtbetrag Finanzmittel von 31,5 Mio. EUR im Rahmen der Haushaltslinien für finanzielle und technische sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit für den Zeitraum 2000 bis 2006 vor, die folgenden Schwerpunktsektoren zugewiesen werden sollen:

- Modernisierung und Dezentralisierung des Staates (35 - 40 % der voraussichtlichen Mittelzuweisungen)
- wirtschaftliche Zusammenarbeit (25 - 30 % der voraussichtlichen Mittelzuweisungen)
- Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Wissenschaft (25 - 30 % der voraussichtlichen Mittelzuweisungen)

Maximal 15 % der gesamten voraussichtlichen Mittelzuweisungen können Bereichen außerhalb dieser Schwerpunktsektoren zugewiesen werden, sofern beide Parteien zustimmen.

2. DIE POLITISCHE AGENDA COSTA RICAS

Costa Ricas eigene Entwicklungspolitik basiert vor allem auf seinem Nationalen Plan zur menschlichen Entwicklung 1998 - 2002, dessen vorrangiges Ziel in der Förderung des Fortschritts des Landes sowie in der Steigerung des Wohlergehens aller Einwohner besteht. Der Plan wurde vom Ministerium für Planung und Wirtschaftspolitik ausgearbeitet, und die ihm zugrunde liegende Strategie basiert auf vier wesentlichen Säulen: Wachstum, Stabilität, Chancen und Nachhaltigkeit. Die Hauptziele des Plans umfassen: Eindämmung der Armut, Beherrschung der Lebenshaltungskosten, Arbeitsplatzschaffung, Schaffung einer friedlichen Zivilbevölkerung, Kampf gegen Korruption, Verbesserung der öffentlichen Dienste, Stärkung der Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, Verbesserung der Infrastruktur, Verbesserung der Versorgung mit Bildungseinrichtungen und der Qualität von Bildung, Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Schutz von Kindern, Ausdehnung der Pensionen auf die gesamte Bevölkerung, Förderung der Chancengleichheit, partizipatorische Lösung kommunaler Probleme sowie Schutz und schonende Nutzung der Umwelt.

Die Mehrzahl dieser Bereiche wird von spezifischen Grundsatzdokumenten und Stellungnahmen gestützt, die alljährlich von der jeweiligen Regierung in ihren Jahresberichten bewertet werden (eine umfassende Liste dieser Politiken ist in Anhang 2 enthalten). Einige der zur Sicherstellung der längerfristigen Entwicklung Costa Ricas in höchstem Maße entscheidenden Ziele bestehen in der Verbesserung der öffentlichen Dienste sowie der Infrastruktur, was eine verstärkte Mitwirkung der Privatwirtschaft zur Folge haben würde. Des Weiteren ist der Kampf gegen die Umweltverschmutzung von vorrangiger Bedeutung. In diesem Zusammenhang soll festgestellt werden, dass die Regierung Phase I des Nationalen Plans zur Stadtentwicklung eingeleitet hat, der einen ersten Schritt zu Lösung dringender Probleme wie Überlastung der Verkehrswege und Umweltschäden in den Ballungsräumen darstellt, wo nahezu 60 % der städtischen Bevölkerung lebt und etwa 90 % der Industrieanlagen anzutreffen sind.

Zudem erfolgt eine jährliche Bewertung der Fortschritte im Bereich menschliche Entwicklung in einem umfassenden "Bericht zur Lage der Nation" über nachhaltige menschliche Entwicklung, der seit 1994 im Rahmen eines unabhängigen Projekts erstellt wird. Dem Projekt steht ein Koordinator mit einem fachlich kompetenten Team vor, die Kontrolle obliegt einem Gremium, das sich aus anerkannten universitären Institutionen, einem Ombudsmann und dem Vertreter des UNDP vor Ort zusammensetzt.

Der breit angelegte Ansatz und das umfassende Wesen des Nationalen Entwicklungsplans und der mit ihm verbundenen Planungsinstrumente spiegeln das hohe Niveau der Auseinandersetzung mit Entwicklungsfragen sowie die umfassende Gestaltung des zwischen den wichtigsten Entwicklungspartnern bestehenden Konsultationsprozesses wider. Dagegen fallen jedoch die Leistungen bei der Durchführung stark ab, da diese oft durch zu stark ausgeprägte staatliche Kontrolle in den grundlegenden Sektoren Energie, Telekommunikation, Versicherungen, Häfen und Flughäfen, Eisenbahn und Wasserversorgung behindert wird. Als weitere wesentliche Hürde wären Verzögerungen bei der Durchführung zu nennen, die auf häufig eingesetzte Berufungsverfahren zurückgehen.

Costa Rica ist durch die geringe Größe seines Inlandsmarktes sowie die relative Knappheit natürlicher Ressourcen gekennzeichnet - abgesehen von Nutzholz und Wasserkraft verfügt das Land über keine nennenswerten natürlichen Ressourcen und exportiert in lediglich unbedeutendem Umfang Mineralien und Öl. Daher haben vorangegangene Regierungen eine nach außen orientierte Wachstumspolitik verfolgt, indem sie den Schwerpunkt auf die Gewinnung von Auslandskapital sowie die Eröffnung neuer Exportmärkte legten.

3. LÄNDERANALYSE

3.1. Politische Lage

In politischer Hinsicht besteht Costa Ricas wesentliches Merkmal darin, dass es seit 1948 demokratisch regiert wird sowie auf ein stabiles innenpolitisches Klima verweisen kann. Costa Rica ist eine konstitutionelle Republik, deren Exekutive ein direkt für vier Jahre gewählter Präsident vorsteht. Die Legislative wird von der aus einer Kammer bestehenden Gesetzgebenden Versammlung gebildet. Zur vollständig unabhängigen Judikative zählt auch ein spezielles Wahltribunal. Die Wiederwahl eines Präsidenten, unabhängig davon, ob sie während zweier aufeinander folgender Amtsperioden erfolgt oder nicht, ist verfassungsrechtlich untersagt. Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung können nicht für zwei aufeinander folgende Perioden wiedergewählt werden; ziehen sie sich für eine Periode zurück, so ist ihre Wiederwahl erneut möglich.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte wurde das politische Leben von den zwei wichtigsten Parteien, der Partido de Liberación Nacional (PLN) und der Partido de la Unidad Socialcristiana (PUSC) beherrscht, die sich für gewöhnlich alle vier Jahre in der Regierungsführung abwechselten. Beide Parteien vertreten ein großteils ähnliches, gemäßigtes Programm; sie unterscheiden sich im Wesentlichen in Bezug auf die Geschwindigkeit der angepeilten Reformen sowie hinsichtlich der Ausgestaltung der Maßnahmen zur Linderung der mit den Reformen einhergehenden sozialen Kosten.

Am 3. Februar 2002 wurden Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung sowie Präsidentschaftswahlen abgehalten; der Kandidat der PUSC, Abel Pacheco, errang die höchste Zahl an Stimmen, lag aber knapp unter den für einen Sieg im ersten Wahlgang erforderlichen 40 %. Am 7. April 2002 fand zum ersten Mal in der Geschichte Costa Ricas eine Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten Abel Pacheco und Rolando Araya (PLN) statt, bei der Abel Pacheco 58 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Diese Stichwahl ergab sich aus dem Auftreten einer starken dritten Partei, Partido de Acción Ciudadana (PAC) mit Otton Solis an der Spitze, der bei der Wahl vom 3. Februar 26 % der Stimmen erringen konnte. Vorläufige Zahlen setzten die Stimmenthaltungen beim ersten Wahlgang bei 31 % an, bei der Stichwahl stieg die Zahl der Enthaltungen auf 39 %, was die wachsende Politikverdrossenheit der Wähler widerspiegelt, insbesondere hinsichtlich der mangelnden Effizienz der gegenwärtigen Gesetzgebenden Versammlung.

Fälle von Korruption sowie die übermäßige Zentralisierung staatlicher Gewalt werden häufig als Faktoren angeführt, die zur Politikverdrossenheit der Bürger beitragen. Insbesondere hinsichtlich der Zentralisierungsproblematik wurden bereits Schritte unternommen, vor allem durch die jüngste Verfassungsänderung, die den kommunalen Behörden Zuständigkeiten für eine wesentlich umfassendere Bandbreite an lokalen Fragen übertragen wird, was überdies mit einem Mitteltransfer aus dem Haushalt der Zentralregierung einhergehen wird. Eine Schlüsselfrage, die über Erfolg oder Scheitern dieser von allen politischen Parteien als wesentlich angesehenen Machtneuverteilung im

Land entscheiden wird, ist die Fähigkeit der künftigen kommunalen Regierungen zur Verwaltung sowie der Grad an Transparenz, mit dem sie von ihren neuen Zuständigkeiten Gebrauch machen werden.

Überdies hat der amtierende Präsident Rodriguez eine einschneidende Neubestimmung der Beziehung zwischen Exekutive und Legislative vorgeschlagen, wodurch ein Kräfteverhältnis geschaffen werden soll, das umfassendere gegenseitige Rechenschaftspflicht und Transparenz sowie eine verbesserte Effizienz der Regierungsarbeit herstellen soll. Diese Vorschläge stellen einen wichtigen Ausgangspunkt für eine Debatte dar, die seit langem überfällig ist, wie viele meinen.

Die Politisierung der Verwaltung ist seit langem ein Merkmal des Regierungsstils in Costa Rica: Es herrscht eine Art "modernes Pfründewesen" vor, das bewirkt, dass mit jedem Regierungswechsel Beamte bis hin zu äußerst bescheidenen Positionen durch regierungstreue Personen ersetzt werden. Obwohl diese Praxis im Vergleich zu vor einigen Jahrzehnten im Rückgang begriffen ist und nun mit der Schaffung eines Berufsbeamtentums ein professionellerer Ansatz diesbezüglich gewählt wurde, bringt die genannte Vorgangsweise nach wie vor alle vier Jahre entscheidende Einschnitte in den Systemabläufen mit sich, was zu einem Verlust an Kontinuität und Effizienz führt.

Die außenpolitische Agenda Costa Ricas wird in großem Ausmaß von seiner eigenen demokratischen und friedlichen Geschichte geprägt. Costa Rica unterhält zwar zu seinen Nachbarn in der Region weitestgehend friedliche Beziehungen, steht jedoch aus historischen Gründen der Einleitung enger politischer Integration ablehnend gegenüber, solange nicht alle Länder ihr demokratisches System konsolidieren und die Militärausgaben kürzen. Die Beziehungen zu Nicaragua sind vor allem wegen der Streitigkeiten bezüglich der Schifffahrtsrechte von Costa Rica am Río San Juan, der einen beträchtlichen Teil der Grenzlinie zwischen den beiden Ländern bildet, etwas problematischer. Versuche von Costa Rica, die Angelegenheit durch bilaterale Verhandlungen bzw. durch Schlichtungsbemühungen auf internationaler Ebene beizulegen, konnten die gewünschten Ergebnisse nicht erbringen, weshalb die Behörden in Costa Rica erwägen, die Angelegenheit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen. Sollte Costa Rica tatsächlich so vorgehen, hat Nicaragua mit einem 35 %igen Zoll auf alle Einfuhren aus Costa Rica gedroht.

Was die regionale Integration angeht, so ist Costa Rica sowohl Mitglied im SIECA als auch des SICA, gehört jedoch weder dem zentralamerikanischen Gerichtshof noch dem zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN) an. Im Jahr 2001 hat Costa Rica eine Reihe von Vorschlägen gemacht, mit denen dem zentralamerikanischen Integrationsprozess neuer Schwung verliehen werden sollte. Der Schwerpunkt dieser Vorschläge liegt auf der sozialen Entwicklung und Erleichterung des Handels, außerdem wird vorgeschlagen, institutionelle Veränderungen vorzunehmen, einschließlich einer Reform des PARLACEN, und die Kompetenzen des zentralamerikanischen Gerichtshofes zu beschränken sowie den Exekutivrat der SICA erneut einzurichten.

Costa Rica ist Sitz einer Reihe wichtiger regionaler Institutionen, wie etwa des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie des Interamerikanischen Instituts für Menschenrechte. Die Präsenz dieser beiden Institutionen trägt zur Stärkung des Ansehens bei, das Costa Rica im Bereich der Menschenrechte genießt, wie es auch seine eigenen Errungenschaften sowie die anerkannte Rolle des Landes bei den Bemühungen um Frieden in der Region tun; seine Rolle als Friedensstifter wurde 1987 mit dem Friedensnobelpreis für Präsident Arias belohnt. Gleichzeitig reagiert Costa Rica angesichts dieser Tatsachen äußerst empfindlich, wenn es auf Menschenrechtsfragen angesprochen wird, so etwa was die Kinderprostitution anlangt, deren Existenz die

Regierung nun nur Kenntnis genommen hat und der sie nun Abhilfe zu schaffen versucht.

Costa Rica dient als Durchzugsland sowohl für Drogen, die von Kolumbien aus in die USA transportiert werden, als auch für Waffen, die von Nicaragua nach Kolumbien gehen. Costa Rica nimmt insbesondere in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten aktiv an Programmen teil, die den Drogenstrom durch das Land eindämmen sollen; es ist allerdings höchst schwierig zu beurteilen, in welchem Ausmaß diese Programme tatsächlich die gewünschten Resultate erzielen. Die Drogenproduktion im Land selbst beschränkt sich auf Marihuana, das insbesondere in den Berggebieten im Süden des Landes angebaut wird.

Mit der Drogenproduktion in der Region verknüpft ist die Geldwäsche. Costa Rica wird in letzter Zeit von Organisationen wie der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF) der OECD genauer unter die Lupe genommen, da es hinsichtlich der Definition von Geldwäsche sowie der Überwachung seines Offshore-Bankensektors mit einer zahnlosen Gesetzgebung ausgestattet ist. Costa Rica hat auf diesbezügliche Kritik rasch reagiert und eine neue Gesetzgebung ausgearbeitet. Sie sieht strengere Kontrollen vor sowie eine Ausweitung der Verantwortung der Banken bezüglich Überwachung und Meldung verdächtiger Transaktionen bei gleichzeitiger Ausweitung der Definition von Geldwäsche, die nun auch Gebiete wie Terrorismus und organisiertes Verbrechen abdeckt. Des Weiteren findet zwischen Costa Rica und seinen Nachbarstaaten in Zentralamerika sowie im Karibischen Raum enge Zusammenarbeit zur Überwachung der Aktivitäten des Finanzsektors statt.

3.2. Wirtschaftliche und soziale Lage

Costa Rica nimmt aufgrund seiner traditionell guten Kennzahlen in sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung in Zentralamerika eine einzigartige Position ein. Diese Kennzahlen sind sowohl das Ergebnis von progressiven Politiken, die im Laufe des vergangenen Jahrhunderts beschlossen wurden und durch die seit 1948 ohne Unterbrechung bestehende demokratische Regierungsform sowie die Auflösung des Heeres weiter gestärkt und aufrechterhalten wurden.

Bei einer Bevölkerung von 3,8 Millionen und einem BIP je Einwohner von 4.000 US\$ im Jahr 2000 betrug Costa Ricas reales BIP-Wachstum 1,7 %, die Inflation lag bei 11 %, die Auslandsschulden beliefen sich auf etwa 4,3 Mrd. US\$, das Leistungsbilanzdefizit betrug etwa 800 Mio. US\$, das Handelsbilanzdefizit 171 Mio. US\$ und die Bilanz von Vermögensübertragungen und Kapitalverkehr 676 Mio. US\$.

3.2.1. Wirtschaftliche Lage

Costa Ricas Erscheinen auf der Bühne der Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergab sich aus der Entwicklung der Kaffeeindustrie im Land, die beträchtliche Profite und Überschüsse erwirtschaftete und somit rasches Wirtschaftswachstum und Investitionen in Regierungsprogramme in den sozialen Bereichen ermöglichte. So war Costa Ricas Tradition geboren, derzufolge es einen beträchtlichen Prozentsatz der Staatseinnahmen in die Bereiche Gesundheit und Bildung investiert; später folgte dann die Verabschiedung einer hinsichtlich sozialer Wohlfahrt und Beschäftigung fortschrittlichen Gesetzgebung.

Im Anschluss an den Kaffee-Boom wurde Costa Ricas Wachstum von vier wichtigen Entwicklungen bestimmt: zunächst vom raschen Wachstum der Bananenproduktion, das sich über nahezu das gesamte 20. Jahrhundert erstreckte und das trotz der

Herausforderungen und Abwärtstendenzen, die in der Folge noch beschrieben werden, nach wie vor eine wichtige Quelle von Beschäftigung und Deviseneinkünften ist; nach Ecuador ist Costa Rica der zweitgrößte Bananenexporteur weltweit.

Eine zweite wichtige Entwicklung vollzog sich in den späten 70er und frühen 80er Jahren, als nach einer lang anhaltenden Periode laxer Konjunktursteuerung und durch die direkten und indirekten Auswirkungen der Krisen in Nicaragua und El Salvador zur Sanierung der Finanzen ein einschneidender Wirtschaftsplan durchgesetzt werden musste. Die sozialen Kosten dieses Anpassungsprogramms waren hoch, wurden jedoch in einem bestimmten Ausmaß durch die Einrichtung von Geberhilfe-gestützten Stabilisierungsfonds gelindert.

Darauf folgte die Entwicklung des Tourismus als einem neuen Sektor, der nun von strategischer Bedeutung ist. Im Bereich des Öko-Tourismus nahm Costa Rica eine Vorreiterrolle ein, und das Land kann derzeit auf Besucherzahlen von etwa einer Million verweisen, von denen ein Großteil aus den Vereinigten Staaten, ein bedeutender Prozentsatz (25 %) jedoch auch aus EU-Staaten kommt. Der Beitrag des Tourismus zur Wirtschaft des Landes beläuft sich auf etwa 1 Mrd. \$ jährlich und stellt somit die größte Quelle von Deviseneinkünften dar. Eng mit dem Wachstum der Tourismusbranche verknüpft waren systematische Bemühungen um die Schaffung eines internationalen Ansehens von Costa Rica als nach Umweltgesichtspunkten fortschrittlichem Land mit herausragender Artenvielfalt, in dem mehr als 25 % des Landes auf die eine oder andere Weise geschützt ist.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde auch eine vierte Entwicklung ersichtlich: die Umsetzung der zunehmend aggressiven Regierungspolitik zu dem Zweck, ausländische Direktinvestitionen (ADI) ins Land zu locken, wobei sie aus den gut ausgebildeten Arbeitskräften sowie aus der Stabilität der Institutionen und der fest verwurzelten Demokratie Kapital schlägt. Gegen Ende der 90er Jahre flossen jährlich ADI von 500 Mio. \$ in die Region, es gibt allerdings in letzter Zeit Hinweise auf eine signifikante Abschwächung dieses Trends. Im Bereich der ADI muss insbesondere die Errichtung eines großen Mikrochip-Werks von Intel Mitte der 90er Jahre erwähnt werden, das in die Vereinigten Staaten und nach Europa exportiert und gegenwärtig mit jährlichen Exporten im Wert von etwa 1.500 Mio. \$ im Jahr 2000 mehr als 25 % der Gesamtexporte Costa Ricas darstellt. Des Weiteren konnte Costa Rica eine Reihe internationaler Konzerne dazu gewinnen, regional operierende Dienstleistungszentren und Kundenbetreuungsstrukturen im Land zu errichten.

Ein wichtiger Bestandteil der investitionsfördernden Politik Costa Ricas lag in der Schaffung von Freihandelszonen, in denen exportorientierte Unternehmen von der Besteuerung ihrer Gewinne befreit sind und bezüglich der Importe von Maschinen und Betriebsmitteln unter begünstigte Regelungen fallen. Gegenwärtig profitieren 50 % aller Exporte (einschließlich der Mikrochip-Produktion von Intel) von den Vorteilen der Freihandelszonen-Abkommen. Seit 1994 verfügt Costa Rica zudem über ein Gesetz zur Förderung des Wettbewerbs und effizienten Konsumentenschutzes, welches von einem Ausschuss zur Förderung des Wettbewerbs (COPROCPM) gestützt wird.

Nachdem in den 60er und 70er Jahren ein vom Aufbau von Industrien begleiteter Kurs der Importsubstitution verfolgt wurde, der mit starker Abhängigkeit von Auslandsschulden einherging, schlitterte das Land zu Beginn der 80er Jahre in eine Wirtschafts- und Finanzkrise. Darauf folgten Strukturanpassungsmaßnahmen begleitet von einer neuen Exportorientierung basierend auf ADI und einer Umschuldung der Auslandsschulden der Geschäftsbanken im Rahmen des Brady-Plans. Der Hauptschwerpunkt der Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahrzehnts lag auf den

Bemühungen, die öffentlichen Finanzen wieder ins Lot zu bringen: Die Zinsen sollten sinken, die Inflation gebremst werden - der Erfolg war jedoch bisher begrenzt. Im Jahr 2000 stand die Inflation bei 11 %, die Zinsen bei über 14 % und die Inlandsverschuldung bei 30 % des BIP (im Vergleich zu 17 % zu Beginn der 90er Jahre).

Der jüngste Wirtschaftsabschwung weltweit und insbesondere in den Vereinigten Staaten in Verbindung mit dem starken Rückgang in den drei Sektoren, die für Costa Rica von vorrangiger Bedeutung sind - Computerindustrie, Bananen und Kaffee - lassen die unmittelbaren Wachstumsaussichten des Landes düster aussehen. Nachdem in den vergangenen Jahren ein Wachstum von 5 % oder höher verzeichnet wurde (das großteils auf Intels Computerchip-Exporte zurückging), wird für 2001 ein Wachstum von höchstens 2 % erwartet, was sich zusätzlich negativ auf die beiden grundlegenden Schwachpunkte der Wirtschaft des Landes, nämlich das Defizit der Zentralregierung und die öffentliche Verschuldung, auswirken wird. Das Haushaltsdefizit liegt nur wenig unter 3 % des BIP und schafft so die Notwendigkeit von fortgesetzten Kreditaufnahmen durch die öffentliche Hand, und die öffentliche Verschuldung hält bei über 55 % des BIP. Im Jahr 2000 betragen die Auslandsschulden 4,3 Mrd. US\$, die Schuldendienstquote wird auf 8,9 % geschätzt. Obwohl das Defizit derartige Höhen erreicht hat, ist es aufgrund der niedrigen Steuereinnahmen (und der allgemein niedrigen Steuergrundlage) nicht möglich, die zur Verbesserung und Instandhaltung der bereits ungenügenden baulichen Infrastruktur des Landes erforderlichen Ressourcen zu generieren. Versuche, dem durch die Vergabe öffentlicher Bauaufträge Abhilfe zu schaffen (z.B. Flughafenverwaltung und -verbesserung, Bau von Autobahnen), sind auf Schwierigkeiten infolge der das Land kennzeichnenden Bürokratie und langwierigen Verfahren gestoßen. Überdies verhindern die strengen staatlichen Monopole in den Bereichen Telekommunikation, Energie und Versicherungswesen den Wettbewerb sowie die Bereitstellung von verbesserten Dienstleistungen zu niedrigeren Preisen.

Im Laufe der letzten Jahre hat die Wirtschaft Costa Ricas eine zunehmende Dollarisierung erfahren. Die regelmäßigen geringfügigen Abwertungen der Landeswährung, des Costa-Rica-Colón, durch die Zentralbank zielen zwar darauf ab, den realen Wert der Währung gegenüber einem Währungskorb, der der Zusammensetzung des costa-ricanischen Außenhandels entspricht, stabil zu halten. Die wichtigste Referenzwährung ist jedoch der US-Dollar, was die Tatsache widerspiegelt, dass bei 60 % des Außenhandels und der Auslandsinvestitionen die Vereinigten Staaten involviert sind. Überdies haben der fehlende Wettbewerb im heimischen Bankensektor in Verbindung mit einer mehr als 10 %igen Inflation zu hohen Zinssätzen für in Colón denominateden Schulden geführt, weshalb sich die Kunden in steigendem Maße für Dollar-Kredite entscheiden. Obwohl diesbezüglich keine offiziellen Pläne existieren, werden in Kreisen von Finanz und Politik die Vor- und Nachteile der Dollarisierung immer häufiger diskutiert.

Die Struktur der costa-ricanischen Wirtschaft nach Sektoren stellte sich im Jahr 2000 wie folgt dar: verarbeitende Industrie (25 % des BIP), Landwirtschaft (knapp 10 %), Handel, Restaurants und Hotels (knapp 20 %) sowie Dienstleistungen und Versorgungsunternehmen (der Großteil des Rests). Im landwirtschaftlichen Sektor sind jedoch nach wie vor etwa 20 % der Bevölkerung beschäftigt, und auch der Tourismus erzielt steigende Einkünfte und wird als Arbeitgeber immer wichtiger. Anhang 3 bietet einen Überblick über Costa Ricas gesamtwirtschaftliche und soziale Indikatoren.

3.2.2. *Handelspolitik*

Die Handelspolitik verfolgt drei Ansätze: Auf multilateraler Ebene ist Costa Rica seit seinem Beitritt zur WTO im Jahre 1994 ein entschiedener Verfechter dieser

Organisation, in der es die geeignetste Garantie für ein multilaterales Handelssystem mit fairen Spielregeln sieht, in dem die Exporte des Landes wachsen können. Costa Rica unterstützte des Weiteren den Start einer neuen Verhandlungsrunde im Rahmen der WTO, und insgesamt entsprach seine Position bei der Ministerkonferenz in Doha - mit Ausnahme der Landwirtschaft - jener der EU. Was die Landwirtschaft anlangt, tritt Costa Rica als Mitglied der Cairns-Gruppe für die Abschaffung von Agrarsubventionen und anderer Maßnahmen ein, die seiner Meinung nach verzerrend auf den Handel mit landwirtschaftlichen Gütern wirken. Costa Rica nahm überdies aktiv am Bananenstreit zwischen der EU und einigen Bananen exportierenden Ländern Lateinamerikas teil. Es darf erwartet werden, dass Costa Rica auch in der neuen WTO-Verhandlungsrunde, der Doha-Agenda für Entwicklung (Doha Development Agenda), eine aktive Rolle einnehmen wird.

Auf regionaler Ebene hat sich die Handelspolitik Costa Ricas auf Bemühungen zur Förderung einer umfassenderen wirtschaftlichen Integration mit Zentralamerika konzentriert (was im Gegensatz zu seiner äußerst zurückhaltenden Position im Hinblick auf politische Integration steht) sowie auf aktives Betreiben der Finalisierung des Gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens (Free Trade Area of the Americas) und auf die Mitwirkung an der Karibikinitiative der Vereinigten Staaten (Caribbean Basin Initiative). Von Costa Rica erkannt auch, dass sich durch die Handelserleichterungen und Infrastrukturkomponenten des vom mexikanischen Präsidenten Vicente Fox vorgeschlagenen Puebla-Panamá-Plans möglicherweise Vorteile für den Handel ergeben werden.

Auf bilateraler Ebene nimmt Costa Rica aktiv an der Verhandlung einer Reihe von bilateralen Freihandelsabkommen teil, die erst vor kurzem etwa mit Mexiko, Chile, Kanada und der Dominikanischen Republik geschlossen wurden. Weitere Verhandlungen mit Panama, Jamaika sowie Trinidad und Tobago sind entweder im Gange oder geplant. An dieser Stelle sollte insbesondere auf das mit Kanada unterzeichnete Handelsabkommen hingewiesen werden, nicht nur deshalb, weil es ein Beispiel für ein Abkommen zwischen einem kleinen Entwicklungsland und einem Mitglied der G8-Gruppe darstellt, sondern weil es darüber hinaus Nebenabkommen in den sensiblen Bereichen Arbeit und Umwelt beinhaltet.

Costa Ricas stark nach außen orientierte Wirtschaftspolitik spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass sein Index für wirtschaftliche Offenheit (Außenhandel in Prozent des BIP) im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte von etwa 60 % auf über 80 % gestiegen ist und im Jahr 2000 das gesamte Außenhandelsvolumen bei einem Handelsdefizit von 475 Mio. \$ 12,3 Mrd. \$ betrug. Abgesehen von Computerbauteilen (2000: 1.600 Mio. \$) umfassten Costa Ricas wichtigste Exportprodukte Bekleidung (600 Mio. \$), Bananen (540 Mio. \$) und Kaffee (280 Mio. \$). Die EU war in den letzten Jahren Abnehmer für 22 % von Costa Ricas Ausfuhren (hauptsächlich Computerchips, gefolgt von Bananen und Kaffee), während in Costa Rica der Prozentsatz von Einfuhren aus der EU konstant bei etwa 10 % blieb (vor allem Maschinen, Arzneimittel, Fahrzeuge). Im Jahr 2000 betrug das Leistungsbilanzdefizit 0,9 Mrd. US\$ (5,5 % des BIP). Dieser hohe Stand stellte bislang noch kein nennenswertes Problem dar, da es im Wesentlichen von den ausländischen Direktinvestitionen finanziert wird. Das in den vergangenen Jahren verzeichnete Wachstum des Defizits könnte jedoch mittel- bis langfristig zu einem Problem werden, falls sich dieser Trend fortsetzen sollte. Im 15-Jahreszeitraum von 1985 bis 1999 beliefen sich die Investitionen aus der EU in Costa Rica auf 355 Mio. \$, die vor allem in Form von ausländischen Direktinvestitionen erfolgten; dies stellte einen Prozentsatz von 9 % der gesamten ADI in diesem Zeitraum dar, während der Anteil der Vereinigten Staaten 64 % ausmachte.

3.2.3. Soziale Lage

Die erwähnten Wachstumsphasen, gestützt durch politische Stabilität, hatten zur Folge, dass Costa Rica ein Einkommen je Einwohner von etwa 4.000 \$ erreichen konnte, was weit über dem regionalen Durchschnitt liegt, und dass die Einkommensverteilung in weit geringerem Maße ungleich ist als in anderen Ländern der Subregion. Bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, dass die Indices für menschliche Entwicklung durchwegs höher sind, als man es von einem Land mit einem derartigen Pro-Kopf-Einkommen erwarten würde: Costa Rica nimmt in der Reihung des UNDP hinsichtlich der menschlichen Entwicklung Rang 43 ein, eine Platzierung, die in Lateinamerika nur von Chile übertroffen wird. Dieser gute Platz ergibt sich aus der hohen Alphabetisierungsrate (85 %) des Landes sowie aus seinen Gesundheitsindikatoren, die insbesondere hinsichtlich der Lebenserwartung (77 Jahre) beinahe auf dem Niveau von Ländern hohen Einkommens liegen: Hier wird deutlich sichtbar, dass etwa 32 % der öffentlichen Ausgaben dem sozialen Bereich zufließen. Die Kindersterblichkeit betrug 10,2/1000 im Jahr 2000 und war somit niedriger als in allen anderen Ländern Lateinamerikas, mit Ausnahme von Kuba.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass Costa Rica im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte etwa 350.000 Einwanderer aus Nicaragua aufgenommen hat, zunächst als Folge des in Nicaragua herrschenden Bürgerkrieges und schließlich im Jahr 1998 infolge der Verwüstungen durch den Hurrikan Mitch. Obwohl eine nicht zu vernachlässigende Anzahl von Einwanderern vom staatlichen Sozialsystem ausgeschlossen bleibt, hat doch die Mehrheit Zugang zu ihm, was für den Staatshaushalt erhebliche Mehrkosten bedeutet. Des Weiteren hatte das auch negative Auswirkungen auf Costas Möglichkeiten seine Armutsrate zu senken, die in den letzten Jahren unverändert bei etwa 20 % der Bevölkerung lag. Die Zahlen belegen, dass die Armut in Familien, die teilweise oder in ihrer Gesamtheit von Einwanderern gebildet werden, etwa 20 - 35 % höher ist als der Durchschnitt. Wenn man die verschiedenen Regionen Costa Ricas betrachtet, so wird deutlich, dass der beträchtliche Anstieg von Armut in der Region Huetar Norte auf Einwanderung aus Nicaragua zurückzuführen ist.

Trotz der Tatsache, dass ein hoher Prozentsatz der öffentlichen Ausgaben in die sozialen Dienste fließt, verzeichnet das Land in steigendem Maße Schwierigkeiten bei der Beibehaltung jenes Niveaus in Hinblick auf Zugang, Qualität und Versorgung mit bestimmten Dienstleistungen, das zu einer erheblichen Eindämmung der Armut führen würde. Die wichtigsten Probleme im Gesundheitssektor sind auf den Mangel von entsprechend ausgebildetem Personal sowie auf fehlende Standards und Kontrolle hinsichtlich der Versorgung mit kollektiven und individuellen Dienstleistungen zurückzuführen. Des Weiteren erfordern bestimmte Fragen wie Gewalt gegen Frauen in der Familie und Kinderprostitution in höherem Maße die Aufmerksamkeit der Regierung.

3.3. Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeit des costa-ricanischen Entwicklungsmodells wird von einer Reihe von Faktoren gehemmt. Erstens ist das Land nach wie vor von einer schmalen Bandbreite von Möglichkeiten auf dem Weltmarkt abhängig (Computerbauteile, Bekleidung, Bananen und Kaffee). Damit einhergehend haben die beträchtlichen Auslandsinvestitionen die wachsende Abhängigkeit von inländischer Mittelbeschaffung verdeckt. Zweitens trifft das Modell sozialen Fortschritts, wie es in der Vergangenheit erfolgreich verwirklicht wurde, auf wachsende Schwierigkeiten bei der Dienstleistungserbringung sowie auf externe Faktoren wie Migration. Und schließlich schafft die praktizierte Politik des

Konsenses in höherem Maße Pattstellungen und Inflexibilität auf Seiten der Institutionen.

3.4. Mittelfristige Herausforderungen

Costa Ricas dringendste Herausforderung auf politischer Ebene liegt in der Wiederherstellung eines größeren Vertrauens in politische Prozesse im Inneren, deren Ruf durch die Wahrnehmung einer breiten Öffentlichkeit beschädigt wurde, die Politiker dienten nicht mehr dem nationalen Interesse sondern einzig und allein ihrem persönlichen Fortkommen. Dieses Problem ist keiner unmittelbaren Lösung zugänglich, es muss vielmehr auf verschiedensten Ebenen eingegriffen werden; denkbar wären unter anderem Verfassungsreformen in jener Art, wie sie auch Präsident Rodriguez bereits vorgeschlagen hat, die eine Neufestlegung der Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen Ebenen des Staates beinhalten, sowie auch ein konzertiertes Bemühen um die Dezentralisierung des Staates. Diesbezüglich wird beträchtliche Unterstützung von außen wie auch ein starker politischer Wille vonnöten sein.

Im Bereich der Wirtschaft muss die Politik der Regierung versuchen, in vollem Ausmaß von den drei Wettbewerbsvorteilen Costa Ricas zu profitieren: von dem guten Ausbildungsstand der Arbeitskräfte, der Stabilität der Institutionen sowie der breiten Unterstützung für eine offene, nach außen orientierte Handelspolitik. Diese Offenheit macht jedoch externe Konjunkturschwankungen für Costa Rica in vollem Ausmaß spürbar, was im Jahr 2001 schmerzhaft Realität wurde. Die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten sind nicht eben ermutigend, aus diesem Grund wird sich die Schuldsituation auch nicht wesentlich bessern. Will Costa Rica seinen auf die Arbeitskräfte gestützten Wettbewerbsvorteil sowie seine politische Stabilität wahren, so muss es in der Lage sein, verbesserte soziale Dienste zur Verfügung zu stellen; darin wird es jedoch durch die Notwendigkeit ständig steigender kapitalintensiver Investitionen behindert. Ob höhere Wachstumsraten zu steigender wirtschaftlicher Polarisierung und somit zu noch höheren Armutsraten führen werden, ist eine der am schwierigsten zu beantwortenden Fragen für die Zukunft.

Jüngste Versuche der Regierung, in monopolistisch organisierten staatlichen Bereichen, insbesondere Energie und Telekommunikation, ein Mehr an Wettbewerb zuzulassen, mussten angesichts breiter öffentlicher Proteste aufgegeben werden, da die Sorge besteht, Privatisierungsprozesse könnten nicht ohne Korruption ablaufen und hätten eine Steigerung der Gebühren und Kosten für die Konsumenten zur Folge. Wird jedoch nicht sichergestellt, dass in die betreffenden Sektoren mehr investiert wird bzw. ein höheres Maß an Wettbewerb erzeugt wird, so besteht die Gefahr, dass Costa Rica seinen Wettbewerbsvorteil an jene anderen zentralamerikanischen Länder abtreten muss, die bereits Schlüsselsektoren der Wirtschaft liberalisiert und somit für ausländische Unternehmen beträchtliche Investitionsmöglichkeiten geschaffen haben.

Des Weiteren sieht sich Costa Rica aufgrund seiner Verpflichtungen im Rahmen der WTO gegenwärtig dazu gezwungen, Subventionen sowie die besondere steuerliche Behandlung seiner Freihandelszonen auslaufen zu lassen. Wie bereits erwähnt, tragen diese Zonen zu 50 % zu den Ausfuhren des Landes bei und bieten über 35.000 gut bezahlte Arbeitsplätze. Im Dezember 2001 schloss sich Costa Rica anderen kleinen Entwicklungsländern zu dem Zweck an, eine offizielle Verlängerung des Geltungszeitraums der Freizonenregelung zu erreichen, da als Alternative dazu eine WTO-kompatible Regelung, die die Ausfuhren Costa Ricas nicht schwer in Mitleidenschaft ziehen würde, nicht gefunden werden konnte. Im Rahmen eines besonderen Verfahrens, das bei der Ministerkonferenz von Doha beschlossen wurde, darf Costa Rica derartige Exportstützungen bis 2007 beibehalten.

Des Weiteren ist eine effizientere Organisation der unflexiblen Aufsichtsbehörden, die für die Genehmigung von großen öffentlich finanzierten Investitionsprojekten verantwortlich sind, erforderlich. Die langen Verzögerungen und zahlreichen rechtlichen Hürden, ohne die keine Vergabe von öffentlichen Aufträgen denkbar wäre, tragen zurzeit wesentlich dazu bei, ausländische Investoren abzuschrecken bzw. den Preis ihrer Angebote zu erhöhen.

Besonders hervorzuheben ist der Umweltsektor, ein Bereich, dem trotz der bemerkenswerten Erfolge Costa Ricas in den vergangenen Jahrzehnten beträchtliche Gefahr droht. Die Geschwindigkeit, mit der die Abholzung von Primärwäldern voranschreitet, ist nach wie vor schwer zu kontrollieren, und obwohl sich die Waldecke insgesamt infolge kommerzieller Wiederaufforstungsprogramme zu erholen scheint, schrumpft die Artenvielfalt weiter. 25 % des Landes stehen zwar von offizieller Seite unter Aufsicht oder Verwaltung, allerdings haben viele der ehemaligen Eigentümer noch keine Entschädigungszahlungen erhalten, und das, obwohl die Enteignung in manchen Fällen bereits 25 Jahre zurückliegt. Angesichts des stetig steigenden wichtigen Beitrages des Tourismus zur Volkswirtschaft gewinnt die Bewahrung des costa-ricanischen Naturerbes zusätzlich an Bedeutung, könnte doch der Wert, den Primärwälder für reine Tourismuszwecke und als Teil des Bildes haben, das Costa Rica von sich im Ausland vermitteln will, beträchtlich größer sein als ursprünglich gedacht.

Costa Rica sieht sich demnach der schwierigen Aufgabe der Modernisierung seines öffentlichen Sektors gegenüber, wobei es ein Mehr an Wettbewerb in Schlüsselbereichen der Wirtschaft zulassen und gleichzeitig das breit angelegte Sozialsystem und die soziale Fairness, die Jahrzehnte hindurch sein Markenzeichen waren, bewahren soll. Die verstärkt nach außen gerichtete Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte hat zu einem spürbaren Prozess der Marginalisierung ländlicher Gebiete sowie der traditionellen Wirtschaft geführt, was von einem Ansteigen der Wirtschaftstätigkeit sowie der Bevölkerungskonzentration im Hochbecken Valle Central begleitet wurde; dies ging wiederum mit Problemen wie zu großer Bevölkerungsdichte, ungenügender Raumplanung, Umweltverschmutzung, mangelnder Abfallbewirtschaftung und Kriminalität einher. Es sind zwar Pläne in Kraft, die die Entwicklung der Küstenregionen sowohl des Atlantik als auch des Pazifik fördern sollen; mit diesen Plänen ist es jedoch bislang nicht gelungen, die übermäßige Konzentration der Wirtschaftstätigkeit auf den städtischen Ballungsraum San José rückgängig zu machen.

Im zentralamerikanischen regionalen Integrationsprozess steht für Costa Rica viel auf dem Spiel, daher muss das Land versuchen, in diesem Prozess als treibende Kraft zu wirken.

Diese Herausforderungen sollten jedoch im Kontext eines Landes gesehen werden, dessen Behörden ihr Engagement bei den Bemühungen unter Beweis gestellt haben, das Land auf den Wettbewerb auf dem Weltmarkt vorzubereiten sowie seine soziale und demokratische Stellung in der Region zu erhalten und auszubauen.

4. INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT MIT COSTA RICA

Seit den 80er Jahren, als Costa Rica noch beträchtliche Mittel im Rahmen internationaler Entwicklungshilfe erhielt (teilweise aufgrund der anhaltenden Konflikte in anderen zentralamerikanischen Ländern), wurden die meisten internationalen Kooperationsprogramme für Costa Rica enorm zurückgeschraubt oder gänzlich eingestellt, und zwar angesichts des relativ hohen BIP je Einwohner und der guten Platzierung des Landes im Bereich menschliche Entwicklung. Laut den neuesten Zahlen

der Regierung für den Zeitraum 1998/99 betrug der Gesamtbestand von Geberhilfe an Costa Rica zum damaligen Zeitpunkt 392 Mio. \$, worin auch Darlehen im Volumen von 150 Mio. \$ von der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration sowie von 85 Mio. \$ von der Interamerikanischen Entwicklungsbank enthalten waren. Da Projekte üblicherweise eine Laufzeit von fünf Jahren haben, entspricht dieser Bestand in etwa einer jährlichen Unterstützung von 50 Mio. \$, Darlehen von regionalen Entwicklungsbanken mit eingeschlossen. Es ist wahrscheinlich, dass diese Zahlen im Vergleich zu 1998/99 im Jahr 2001 weiter zurückgegangen sind.

4.1. EG-Zusammenarbeit mit Costa Rica

4.1.1. Erfahrungen

Im Zeitraum der letzten 15 Jahre bewegte sich die EG-Hilfe für Costa Rica bei etwa 4 Mio. EUR pro Jahr im Rahmen der wichtigsten Haushaltslinien. 1997/98 kam es zu einem plötzlichen Abfall, da aufgrund der bevorstehenden Ausarbeitung eines neuen strategischen Rahmens und des Abschlusses einer mehrjährigen Gegenseitigen Absichtserklärung keine neuen Projekte mehr genehmigt wurden. Da aufgrund von Costa Ricas geographisch relativ begünstigter Lage nur selten Hurrikans durchziehen (und da es seit 1991 zu keinem schweren Erdbeben mehr gekommen war), musste seitdem weder Soforthilfe noch Nahrungsmittelhilfe geleistet werden. Eine Auflistung von EG-finanzierten Projekten findet sich in Anhang 4.

Im Rahmen der finanziellen und technischen Hilfe sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben sich die Projekte aus Haushaltslinien in den letzten Jahren auf die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Umweltschutz sowie die Modernisierung und Reformierung des Staates konzentriert. Projekte im Rahmen der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wurden auch aus der Tropenwälder-Haushaltslinie finanziert. Es ist wichtig anzumerken, dass costa-ricanische Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in beträchtlichem Maße am von der EG-Generaldirektion finanzierten INCO-Programm für wissenschaftliche Zusammenarbeit teilnehmen, und dass Costa Rica auch bezüglich der Teilnahme am ALFA-Programm für Zusammenarbeit im Hochschulbereich überdurchschnittlich aktiv ist.

In seiner Eigenschaft als Sitz der einzigen EG-Delegation in Zentralamerika bis zur Eröffnung einer Delegation in Nicaragua 1996 war San José viele Jahre lang das Herzstück eines umfassenden Programms von Menschenrechtsprojekten sowie von Projekten zum Aufbau der Demokratie für den gesamten zentralamerikanischen Raum, von denen viele in Zusammenarbeit mit costa-ricanischen oder in Costa Rica ansässigen Organisationen durchgeführt wurden. Des Weiteren nahm Costa Rica an zahlreichen von der EG in Zentralamerika finanzierten regionalen Projekten zur Entwicklungszusammenarbeit teil, und zwar in Bereichen wie Entwicklung indigener Gemeinschaften, Fischerei, Genossenschaften sowie Gesundheit von Jugendlichen.

Seit der Mitte der 90er Jahre werden die meisten EU-Projekte größeren Umfangs in Costa Rica unter Verwendung des Mechanismus der Kodirektion durchgeführt, wobei ein einheimischer und ein europäischer Kodirektor gemeinsam für die finanzielle und technische Verwaltung des Projekts verantwortlich sind. Sie unterstehen der Kommission und dem nationalen Ministerium bzw. der nationalen Behörde, von dem/der das Projekt durchgeführt wird. Dies stellte sich als ein relativ effizientes Mittel der flexiblen Umsetzung heraus, insbesondere dahingehend, dass dem Projekt ein ausreichendes Maß an Durchführungsautonomie gewährt wurde. Allerdings führten Zweifel bezüglich der genauen rechtlichen Stellung der Kodirektion und ihrer vertraglichen Vollmachten sowie

die Tatsache, dass die Ratifizierung einzelner Projektfinanzierungsabkommen durch die Gesetzgebende Versammlung bisweilen Jahre in Anspruch nahm, im Jahr 1999 zur Schaffung eines neuen und in höherem Maße eindeutigen Rahmenmechanismus für zukünftige Projekte. Die neue Rahmenübereinkunft wird überdies den staatlichen Behörden eine umfassendere Verantwortlichkeit bei Verwaltung und Kontrolle von Projekten einräumen, wodurch im Rahmen von EG-finanzierten Projekten eine größere Eigenverantwortung möglich wird. Sobald diese Rahmenübereinkunft von der Gesetzgebenden Versammlung ratifiziert worden ist, wird die augenblickliche Notwendigkeit hinfällig, jedes einzelne Projektabkommen zu ratifizieren.

4.1.2. Gelernte Lektionen

Obwohl das EG-Programm zur Entwicklungszusammenarbeit mit Costa Rica insgesamt nicht formell evaluiert wurde, scheinen einzelne Projektüberprüfungen und -kontrollen den Schluss nahe zu legen, dass in der Vergangenheit die EG-Kooperationsprojekte auf eine zu große Anzahl an Sektoren aufgeteilt wurden, was die konzentrierte Ausrichtung ausreichender Ressourcen zur Erzielung einer spürbaren Auswirkung erschwerte. Dies ergab sich zum Teil aus einem schwächeren strategischen Planungsrahmen wie auch aus dem Fehlen klar definierter Schwerpunktbereiche für die EG-Zusammenarbeit. Zusätzlich dazu übte auf Seiten der Regierung keine einzige Behörde eine zentrale Funktion zur Überwachung des EG-Kooperationsprogramms aus. Im Rahmen der Rahmenübereinkunft von 1999 wurde die Funktion eines Nationalen Koordinators im Außenministerium geschaffen: Er ist verantwortlich für die Entgegennahme und Bewertung aller Projektvorschläge, die verschiedene Behörden der EG zur Finanzierung unterbreiten möchten. In der Folge wird ein Auswahlmechanismus eingerichtet werden, der sicherstellen soll, dass nur solche Projekte eingereicht werden, die den Schwerpunktbereichen des Landes entsprechen.

Ein weiteres Kennzeichen von vergangenen EG-finanzierten Projekten war die große Bandbreite betreffend die Größe der Projekte, wobei eine beträchtliche Anzahl von Projekten unter 1 Mio. EUR lag. Da die Durchführung dieser Projekte zeitlich mit diversen Umstrukturierungen der Dienste der Kommission im Bereich Außenhilfe und Außenbeziehungen am Sitz zusammenfiel, ergaben sich in manchen Fällen aus der Vielzahl der erforderlichen Hilfeverwaltungsmaßnahmen enorme Verzögerungen bei der Abwicklung von Zahlungsansuchen und Auftragsgenehmigungen. Eine Lehre, die daraus gezogen wurde, war somit die konzentrierte zukünftige Ausrichtung von Kooperationsmaßnahmen auf eine geringere Anzahl größerer Projekte, um auf diese Weise die Effizienz der Verwaltung zu maximieren. Dieser Prozess wird durch die Übertragung der Hilfeverwaltung vom Sitz auf die Delegationen weiter gestärkt werden, sobald er im Jahr 2002 abgeschlossen sein wird.

Es wird somit erwartet, dass die oben erläuterten Schritte die Mehrzahl der verwaltungs- und verfahrensbedingten Verzögerungen der Vergangenheit beseitigen werden.

Hinsichtlich der Bewertung der Wirksamkeit vergangener Projekte wurde von der Kommission erkannt, dass in der Vergangenheit für die Vorbereitung und Ermittlung neuer Projekte lediglich ungenügende Ressourcen zur Verfügung gestanden waren. Die Übertragung dieser Aufgabe an die Delegationen im Rahmen eines Dezentralisierungsprozesses sollte in Zukunft dazu beitragen, dass solche Schwierigkeiten vermieden werden können, da nunmehr eine eingehendere Überwachung des Prozesses möglich wird.

Die Auswirkungen der Umbesetzung von höheren Beamtenstellen, die in Costa Rica nach jeder Wahl stattfindet, sowie der damit einhergehende Mangel an Kontinuität in den

Ministerien und Abteilungen, die mit EG-finanzierte Projekten befasst sind, trägt zur Minderung der Programmqualität bei. Überdies könnte die Rolle der Zivilgesellschaft und ihr Beitrag zur Ausformulierung von Politiken sowie zur Projekt- und Dienstleistungserbringung durch die Schaffung engerer Verbindungen zur Regierung gestärkt werden.

4.2. Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit Costa Rica

Angesichts der Tatsache, dass Costa Rica kein bevorzugter Empfänger von Entwicklungshilfe ist, verfolgen gegenwärtig nur noch drei Mitgliedstaaten bilaterale Kooperationsprogramme von Bedeutung: Spanien, Deutschland und die Niederlande. Die 1998 und 1999 von diesen drei Staaten zur Verfügung gestellten Finanzmittel entsprechen in etwa jenen der Europäischen Kommission. Zusätzlich dazu finanziert Frankreich eine Reihe von Maßnahmen in Costa Rica, jedoch lediglich im Rahmen seines regionalen Kooperationsprogramms in den Bereichen Wissenschaft und Kultur.

Deutschland unterstützt Costa Rica im Bereich der finanziellen und technischen Zusammenarbeit. Bei dieser Zusammenarbeit liegt der Schwerpunkt auf den folgenden Bereichen: a) Modernisierung des Staates, einschließlich Dezentralisierung und b) Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt. Diese Konzentration auf die Schwerpunkte sollt gemeinsam mit der neuen Regierung im Jahr 2002 ausgearbeitet werden. In den letzten Jahren belief sich die Unterstützung durch Deutschland auf etwa 5,4 Mio. EUR in den Jahren 1998 wie auch 1999 sowie auf 1,3 Mio. EUR im Jahr 2000. Insgesamt stellte Deutschland Entwicklungshilfe im Wert von 123 Mio. EUR im Zeitraum 1990-99 zur Verfügung.

Spaniens bilaterales Kooperationsprogramm mit Costa Rica wird von der AECI verwaltet und deckt Maßnahmen auf den Gebieten Umwelt, Entwicklung der Kommunen, nachhaltige Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen, Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Ausbildung und Ausrüstung für die Polizei, lokale Infrastrukturentwicklungsprojekte, Förderung der Nationalparks, Kinderarbeit und staatliche Verwaltung ab. Zusätzlich dazu stellte Spanien finanzielle Unterstützung im Umfang von 7,4 Mio. EUR jährlich in den Jahren 1998 und 1999 sowie etwa 3,7 Mio. EUR im Jahr 2000 zur Verfügung. Im Zeitraum 1990-99 hat Spanien etwa 49 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Die Regierung der Niederlande lässt soeben ihr direktes bilaterales Kooperationsprogramm in Costa Rica auslaufen. Allerdings werden im Rahmen des Vertrags über nachhaltige Entwicklung zwischen den Niederlanden einerseits und Costa Rica, Bhutan und Benin andererseits auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung sowie im Umweltbereich in Costa Rica Maßnahmen durchgeführt, die mit finanzieller Unterstützung durch die Niederlande und über eine costa-ricanische NRO (Fundecooperación) erfolgen. Im Zeitraum 1990-99 stellten die Niederlande insgesamt 138 Mio. EUR zur Unterstützung von Kooperationsmaßnahmen in Costa Rica zur Verfügung. Weitere 4,4 Mio. EUR wurden im Jahr 2000 genehmigt.

Die Kooperation mit Frankreich belief sich im Rahmen des wissenschaftlichen und kulturellen Programms im Jahr 2000 auf 625 000 € und im Jahr 2001 auf ungefähr 580 000 €

4.3. Weitere Kooperationsprogramme

Auf bilateraler Ebene unterstützt USAID Costa Rica nicht mehr auf direktem Wege, es werden allerdings nach wie vor Projekte aus Treuhandfonds finanziert, die belassen

wurden, als USAID die Tätigkeit in Costa Rica einstellte; Costa Rica nimmt nun an regionalen Projekten teil, die von USAID Guatemala aus verwaltet werden. Kanada, Taiwan und Japan führen ihre bilateralen Programme in Costa Rica fort, wobei Taiwan und Japan enorme Unterstützung für Infrastrukturentwicklungsprojekte leisten. Die Hilfe Kanadas entspringt im Wesentlichen einer Reihe bereits bestehender Fonds: dem Counterpart-Value-Fonds (gespeist mit den Erlösen aus Verkäufen kanadischer Waren) für Gleichberechtigungs- und Beschäftigungsprojekte, dem Debt-Swap-Fonds (zur Durchführung der Agenda 21 sowie von Projekten zur Sicherung der Artenvielfalt) sowie dem Local-Initiatives-Fonds zur Unterstützung marginalisierter städtischer und ländlicher Gemeinden.

Auf multilateraler Ebene leistet die IDB nach wie vor die wichtigste Unterstützung mit einer Kreditmittelvergabe von etwa 863 Mio. \$ im Zeitraum 1990-99. Im Jahr 2000 wurde ein umfangreiches Darlehen (92 Mio. US\$ inklusive 27 Mio. \$ Gegenwertmittel) zur Regelung der grundbücherlichen Eintragung gewährt und wird offiziell mit dem von der EG vorgeschlagenen Dezentralisierungsprojekt zugunsten der Kommunen verknüpft werden. Ein weiteres wichtiges Projekt der letzten Zeit ist das Geothermalkraftwerksprojekt Miravalles III, das im Jahr 1998 genehmigt wurde. Erst in Vorbereitung befindet sich das IDB-Projekt zur Einleitung einer zweiten Phase des Justizverwaltungsprogramms, in dessen Rahmen zusätzlich 30 Mio. \$ (inklusive 9 Mio. \$ Gegenwertmittel) in diesen Sektor fließen werden.

Die Weltbank verfolgt gegenwärtig in Costa Rica vier Projekte im Gesamtvolumen von 109 Mio. US\$ in Form von Darlehen und deckt damit Bereiche ab wie Verkehr, Grundbildung, Reform des Gesundheitssektors sowie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Zusätzlich dazu hat die Internationale Finanzkorporation (IFC) etwa 20 Mio. US\$ in costa-ricanische Unternehmen aus den Bereichen Telekommunikation und Agrarindustrie investiert.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen legt seinen Schwerpunkt auf menschliche Entwicklung auf lokaler Ebene, die Ausformulierung öffentlicher Politik sowie Umwelt. Die Gebermatrix in Anhang 5 gibt einen Überblick über die wichtigsten internationalen Kooperationsprogramme.

5. VORGESCHLAGENE ANTWORTSTRATEGIE DER EU-ZUSAMMENARBEIT

5.1. Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit

Wie in Kapitel 1 dargelegt, sind die drei grundlegenden Ziele der EG-Entwicklungspolitik: nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft sowie die Eindämmung und schlussendlich Beseitigung von Armut. Die nationale Entwicklungsagenda Costa Ricas stützt sich auf die vier Pfeiler Wachstum, Stabilität, Chancen sowie Nachhaltigkeit und beinhaltet einen multisektoralen Ansatz, der von den Bereichen Soziales, Konjunktursteuerung und staatliche Verwaltung bis hin zu Bereichen wie Landwirtschaft, Infrastruktur und Umwelt reicht.

Angesichts der begrenzten Ressourcen, die dem Tätigwerden der EG in Costa Rica zur Verfügung stehen, sollte sich die EG-Zusammenarbeit auf wenige Bereiche beschränken. Die EG kann nicht vorgeben, für mehr als nur eine sehr geringe Anzahl der Probleme des Landes Lösungen parat zu haben, doch durch die Auswahl von lediglich zwei oder drei Bereichen, in denen von Seiten der EG selbst ein Interesse an der Herstellung einer

engeren Verbindung zu Costa Rica besteht, sollte es möglich sein, aus begrenzten Ressourcen maximale Wirkung zu erzielen.

5.2. Prioritäten der Zusammenarbeit

Im Lichte der in Abschnitt 3.4 enthaltenen Analyse soll betont werden, dass die wichtigsten mittelfristigen Herausforderungen, denen sich Costa Rica stellen muss, darin bestehen,

- institutionelle Reformen insbesondere im Bereich von Modernisierung und Dezentralisierung des Staates in die Wege zu leiten,
- auf den komparativen Vorteilen des Landes durch den guten Ausbildungsstand seiner Arbeitskräfte, seine wirtschaftliche und politische Stabilität sowie seine offene und nach außen orientierte Handelspolitik aufzubauen und nachhaltiges Wachstum zu schaffen, wobei die Früchte des Wachstums gerecht verteilt werden sollen,
- seine regionale Führungsposition als Wachstumsmotor beizubehalten, der auf höherer Technologie und sozialer Stabilität beruht, begleitet von einer schlüssigen Umweltpolitik

Demzufolge werden die folgenden drei Schwerpunktbereiche für die Zusammenarbeit vorgeschlagen:

- Modernisierung und Dezentralisierung des Staates
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Wissenschaft.

Es wird betont, dass diese drei Bereiche auch in der Gegenseitigen Absichtserklärung festgelegt wurden, die im März 2001 von der Regierung von Costa Rica und der Europäischen Kommission unterzeichnet wurde. Diese GA sieht für den Zeitraum 2000 - 2006 einen Richtbetrag an Unterstützung in der Höhe von 31,5 Mio. EUR vor.

5.3. Antwortstrategie nach Schwerpunktsektoren

5.3.1. Modernisierung und Dezentralisierung des Staates

Es besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass zur Aufrechterhaltung des Vertrauens der Bevölkerung in staatliche Prozesse sowie in die Fähigkeit des Staates, grundlegende Dienstleistungen erbringen zu können, die Notwendigkeit besteht, sowohl die Qualität als auch das Tempo der Erbringung von grundlegender Dienstleistung zu verbessern. Von wesentlicher Bedeutung ist die Frage jener Dienstleistungen, die von dezentralen Behörden zur Verfügung gestellt werden, die in Costa Rica in der Vergangenheit mit enormen finanziellen und personellen Engpässen zu kämpfen hatten.

Eine Reihe bilateraler Programme wird im Rahmen der Kooperationsprogramme von Spanien und Deutschland in Costa Rica bereits durchgeführt und hat somit als Wegbereiter fungiert, die den lokalen Regierungen ermöglichen sollen, bei der Erbringung von Dienstleistungen eine größere Rolle zu spielen. Im Jahr 2001 wurde eine Verfassungsreform beschlossen, die Transferzahlungen von bis zu 10 % des Budgets der Zentralregierung an die Kommunen zu dem Zweck vorsieht, dass diese stark ausgeweitete Kompetenzen wahrnehmen können. Damit diese Reform tatsächlich in Kraft treten kann, ist es erforderlich, die Regierung von Costa Rica bei der Festlegung

des geeigneten rechtlichen und institutionellen Rahmens zu unterstützen, der es lokalen Regierungen ermöglichen wird, zusätzliche Kompetenzen zu übernehmen. Überdies wird beträchtlicher Kapazitätsaufbau in Bereichen wie Gemeindeentwicklung, partizipatorische Planung, Managementfähigkeiten, geschlechtsspezifischen Fragen sowie Fragen der Umwelt vonnöten sein. Die EG-Unterstützung wird sich auf diese sieben erwähnten Bereiche konzentrieren und zwar in enger Koordination mit den bereits eingeleiteten Bemühungen und den Organisationen der Zivilgesellschaft, wie der CONADECO (National Confederation of Community Development Associations). Des Weiteren ist geplant, dass diese Unterstützung über die Erbringung derartiger Dienstleistungen hinausgehen soll und den Aufbau von Instrumenten zur Gemeindeentwicklung auf Ebene der Kommunen fördern soll. In den genannten Bereichen verfügt die EG zudem über einen komparativen Vorteil.

Es ist vorgesehen, dass der Bereich Modernisierung und Dezentralisierung des Staates 35 - 40 % der verfügbaren Ressourcen aufnehmen soll.

5.3.2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Es wird generell die Ansicht vertreten, dass im sozialen Sektor oder im Bereich der Menschenrechte keine dringende Notwendigkeit für fortgesetzte, breit angelegte Hilfe der EG für die Behörden Costa Ricas besteht, da diese selbst in den betreffenden Bereichen auf eindrucksvolle Erfolge verweisen können. Angesichts der begrenzt verfügbaren Mittel können auch keine Infrastrukturentwicklungsmaßnahmen ins Auge gefasst werden. Der Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Costa Ricas wurde während der vergangenen zwei Jahrzehnte von einer starken Leistung des verarbeitenden Sektors geprägt, die sowohl Auslandsinvestitionen als auch Migration - von innen oder von außen - ins Land gezogen hat. Als Folge davon lebt nun mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes im zentralen Hochbecken, und beinahe die gesamte Industrieproduktion erfolgt dort. Angesichts des relativ hohen Niveaus Costa Ricas in Bezug auf menschliche und technische Entwicklung und der umfangreichen bereits bestehenden Bemühungen zu Zusammenarbeit im Bereich Forschung wird sich die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Städteplanung konzentrieren. Zentrale Aspekte der verbesserten Planung, welche für das Zentraltal erforderlich ist, beinhalten die Durchführung von Sekordiagnosen, die Verbesserung der Koordinierung zwischen den planenden Behörden, die Verbesserung der menschlichen Ressourcen und einen Beitrag zu Durchführung von Machbarkeits- und Konzeptstudien. Eventuell kritische Bereiche könnten unter anderem die Eindämmung der Umweltverschmutzung sowie die Abwasser- und Abfallbewirtschaftung darstellen. Die zu verfolgende Strategie soll dazu dienen, den Planungsprozess transparenter, kohärenter und effizienter zu gestalten und dadurch Möglichkeiten für Technologietransfer aus der EU sowie der Mitwirkung der Privatwirtschaft an Infrastrukturprojekten eröffnen. Umweltanliegen wird besonderes Augenmerk geschenkt werden. Der Spielraum zur Nutzung von Synergien mit dem dritten Schwerpunktsektor, der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, wird ebenfalls geprüft werden.

Es ist geplant, dass der Bereich wirtschaftliche Zusammenarbeit 25 - 30 % der verfügbaren Ressourcen aufnehmen wird.

5.3.3. Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik

Gemäß der jüngsten Studie der Interamerikanischen Entwicklungsbank ist Costa Rica eines der Länder mit dem höchsten Technologiestand in Lateinamerika und dem Karibischen Raum. Sein hoher Standard im Bereich der Entwicklung der Humanressourcen verbunden mit politischer und wirtschaftlicher Stabilität hat

ausländische Direktinvestitionen ins Land gezogen. Die von Intel getätigte Investition in ein Werk zur Herstellung von Computerchips illustrieren diesen Trend ganz hervorragend. Überdies besitzen die Universitäten Costa Ricas in der zentralamerikanischen Region einen guten Ruf und verfügen über starke Bindungen zu europäischen und nordamerikanischen Universitäten. Costa Rica hat ganz wesentlich vom ALFA-Programm profitiert. Die von der Kommission in diesem Bereich zu verfolgende Strategie wird sich auf weiterführende Humanressourcenentwicklung konzentrieren wie auch auf die Stärkung der Beziehungen zwischen der Industrie und der wissenschaftlichen Gemeinde hinsichtlich der Förderung lokal entwickelter höherrangiger Technologie-Dienstleistungen und Unternehmen zur Beibehaltung Costa Ricas führender Positionierung auf diesem Gebiet

Es ist geplant, dass der Bereich wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit 25 - 30 % der verfügbaren Ressourcen aufnehmen wird.

5.3.4. Nichtschwerpunktbereiche

Der Problembereich Gewalt gegen Frauen in der Familie erregt in Costa Rica wachsende Besorgnis, während die Thematik der Kinderprostitution weiterhin problematisch ist, obwohl sie in steigendem Maße von der Regierung ernst genommen wird. Im Kontext von Costa Rica ist jedoch klar, dass sich diese beiden Problembereiche nicht als Sektoren für Maßnahmen im Rahmen der wichtigsten EG-Kooperationsprogramme eignen würden, da die hier erforderlichen Maßnahmen typischerweise kleine Projekte erfordern, die innerhalb der für finanzielle und technische Hilfeprogramme gültigen Verfahrensregeln nur schwerlich Platz finden würden. Sollte jedoch die Notwendigkeit der Unterstützung in diesen Bereichen ansteigen und Institutionen mit potenzieller Durchführungskapazität ermittelt werden, so könnte die Kommission den Einsatz von Mitteln aus Nichtschwerpunktbereichen und/oder dezentrale Zusammenarbeit oder Kofinanzierungen mit NRO erwägen.

Demzufolge beinhalten mögliche Maßnahmen, die im Nichtschwerpunktbereich ins Auge gefasst werden könnten, alle erdenklichen Maßnahmen zur Linderung von Armut, zur Förderung der regionalen Integration und zur verstärkten Eingliederung Costa Ricas in die Weltwirtschaft, wie etwa:

- Zugang von Randgruppen zu Grundversorgung wie Gesundheit und Bildung, insbesondere unter Berücksichtigung der Einwanderer aus Nicaragua
- Steuerreform zur Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit
- Gesetzlicher Rahmen für Handel und Investitionen, Exportentwicklung, Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Ausbildung
- Regionale Projekte im Bereich Integration einschließlich Zollreform
- Follow-up der gegenwärtigen Strategie und Vorbereitung der folgenden.

Konkrete Initiativen werden mit beiderseitigem Einverständnis sowohl der Regierung von Costa Rica als auch der Kommission entwickelt. Bis zu 15 % der verfügbaren Mittel können Projekten aus den Nichtschwerpunktbereichen zugewiesen werden.

5.4. Kohärenz mit EU-Politik

Die wichtigsten EG-Politiken, die sich auf die Beziehungen der EU zu Costa Rica auswirken, umfassen: Handel und Entwicklung; die gemeinsame Agrarpolitik (GAP); gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Kontrolle - Konsumentenschutz; Binnenmarkt; Wettbewerb; Forschung und Entwicklung; Umwelt; Justiz und Inneres

sowie Informationsgesellschaft. Im Allgemeinen stimmen die dem Länderstrategiepapier zugrunde liegenden Politiken mit den wichtigsten Politiken der Gemeinschaft überein. Potenzielle Konfliktbereiche hinsichtlich Costa Rica könnten etwa entstehen, wenn die Schwerpunktbereiche der Zusammenarbeit die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors beinhalten würden, was jedoch nicht der Fall ist.

Es soll jedoch erwähnt werden, dass die GAP an sich von der Regierung Costa Ricas als schädlich für die Exportentwicklung von Drittländern wie Costa Rica angesehen wird. Im Fall von Bananen hat der von der EU den AKP-Bananenproduzenten eingeräumte bevorzugte Marktzutritt unter zentralamerikanischen und anderen lateinamerikanischen Bananen produzierenden Ländern enormen Unmut ausgelöst. Derartige Präferenzregelungen sollen bis 2006 schrittweise abgebaut werden.

Die befristete Natur der Konzessionen, die Costa Rica im Rahmen des Drogen-ASP gemacht wurden, wird von der Regierung Costa Ricas als Hindernis für längerfristige Direktinvestitionsentscheidungen angesehen. Des Weiteren wird die Durchführung der Gemeinschaftspolitik im Bereich gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen von manchen Drittländern oder Wirtschaftssektoren (insbesondere von der Landwirtschaft) als nichttarifäres Handelshemmnis angesehen.

Eine eingehendere Analyse der Kohärenz zwischen EU-Politik und zentralamerikanischer Region findet sich in Anhang 6.

5.5. Komplementarität mit EU-Mitgliedstaaten und sonstige Zusammenarbeit zwischen Gebern

Die für die Zusammenarbeit ausgewählten Schwerpunktsektoren sind Bereiche, in denen es traditionellerweise Geberhilfe und -koordination gibt. Insbesondere im Bereich Dezentralisierung waren bzw. sind sowohl EU-Mitgliedstaaten (Deutschland und Spanien) als auch die IDB tätig. Zusätzlich zu den Koordinierungsbemühungen von UNDP und EU-Mitgliedstaaten hat vor kurzem die costa-ricanische Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit die Führung bei der Koordinierung der Geberhilfe sowie bezüglich der Sicherstellung der Komplementarität übernommen. Die Rolle der EG-Delegation in Costa Rica ist ebenfalls von grundlegender Wichtigkeit bei der Sicherstellung der Komplementarität.

Wo immer es durchführbar ist, werden Projekte aus den Schwerpunktbereichen mit subregionalen und regionalen EG-finanzierten Programmen verknüpft werden; darunter fallen Programme wie AL-Invest, @LIS, URBAL und ALFA. Costa Rica gehört zu jenen Ländern, die vom ALFA I- und ALFA II-Programm hinsichtlich der Teilnahme je Einwohner am meisten profitiert haben; es hat des Weiteren die Wichtigkeit solcher Programme und die Verknüpfungen mit dem Schwerpunktsektor Wissenschaft und Technik hervorgehoben.

Der Prozess von der Projektfindung bis zur Umsetzung der Projekte wird in enger Koordination mit den Mitgliedstaaten erfolgen. Die Kommission tauscht mit den Mitgliedstaaten Informationen aus. Dieser Austausch erfolgt über die Delegation der Kommission in San Jose, die in regelmäßigen Abständen und ad hoc Sitzungen durchführt, die die Komplementarität der EU-Kooperationsprogramme gewährleisten und möglicherweise zur Entwicklung gemeinsamer Kooperationsprogramme führen.

6. NATIONALES RICHTPROGRAMM

6.1. Finanzierungsinstrumente der Zusammenarbeit

Die wesentlichen Instrumente, die zur Finanzierung der Durchführung des Richtprogramms EG-Costa Rica herangezogen werden können, sind die verschiedenen Haushaltslinien der Gemeinschaft; zu ihnen gehören:

a) technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen von langfristigen Maßnahmen, die im Länderstrategiepapier ermittelt wurden und für die ein voraussichtlicher Finanzrahmen von 31,5 Mio. EUR durch die Gemeinsame Absichtserklärung 2000 - 2006 eingerichtet wurde.

b) andere Haushaltslinien, die für die Finanzierung spezieller Themen wie z.B. im Bereich Menschenrechte und Demokratie, Schutz der Umwelt und Bewahrung der natürlichen Ressourcen, Drogen und dezentrale Zusammenarbeit konzipiert wurden.

Die endgültige Auswahl der Projekte sowie deren entsprechende Finanzausstattung wird sich aus den Ergebnissen der von der Kommission durchgeführten detaillierten Studien zu Projektermittlung und -vorbereitung ergeben. Die Finanzierung des Richtprogramms hängt von den im jährlichen Haushaltsplan der Kommission verfügbaren Finanzmitteln ab. Zusätzlich kann eine Finanzierung in Form von Darlehen von der Europäischen Investitionsbank erfolgen.

6.2. Überprüfung und Evaluierung

Das folgende Richtprogramm wurde auf der Basis der vorangegangenen Analyse sowie in Konsultation mit den nationalen Behörden, der EG-Delegation in San José sowie den in Costa Rica vertretenen EU-Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Es wird von den hier erwähnten Stellen einer alljährlichen Überprüfung unterzogen werden, in deren Verlauf den Indikatoren und erwarteten Ergebnissen der Strategie besonderes Augenmerk geschenkt werden wird und auf deren Basis eventuelle Änderungen eingeführt werden könnten.

6.3. Maßnahmen in den Schwerpunktsektoren

6.3.1. *Modernisierung und Dezentralisierung der Regierung*

Das Gesamtziel für diesen Schwerpunktsektor besteht in der Modernisierung und Dezentralisierung der staatlichen Stellen, was bewirken soll, dass sich die Qualität der von ihnen angebotenen Dienstleistungen erhöht und diese für alle Schichten der Gesellschaft zugänglich werden.

Kommunale Entwicklung und Dezentralisierung wird die wichtigste konkrete Maßnahme sein, die auf die Erhöhung jenes Anteils der staatlichen Mittel abzielt, der zu den Kommunen fließt, wodurch die Kapazität der Verwaltung und Erbringung ausgewählter Dienstleistungen verbessert wird und die Teilnahme aller Bürger an kommunalen Entscheidungsfindungsprozessen angeregt wird. Konkrete Maßnahmen werden die Festlegung der Zuständigkeiten kommunaler Behörden sowie die Stärkung ihrer Kapazitäten als auch jener anderer Akteure beinhalten. Zusätzlich werden Instrumente geschaffen werden, die Entwicklungsinitiativen auf kommunaler Ebene fördern sollen. Sachthemen wie geschlechterspezifische Fragen und Umweltmanagement werden bei diesen Entwicklungsinitiativen in Betracht gezogen werden. Die Beteiligung der Organisationen der Zivilgesellschaft wie der CONADECO (National Confederation of

Community Development Associations) an der Vorbereitung und Umsetzung der Projekte wird gewährleistet.

Die von der Regierung zu ergreifenden politischen Maßnahmen werden die Umsetzung des geänderten Artikel 170 der Verfassung beinhalten, der den lokalen Behörden einen gestiegenen Anteil an den Finanzmitteln der Zentralregierung zu ihrer Verwendung auf lokaler Ebene zuweist.

Die mit den oben erwähnten konkreten Maßnahmen in Verbindung stehenden Indikatoren werden Zahlen der Finanzverwaltung, Dezentralisierungskennzahlen sowie Indikatoren zur lokalen Entwicklung umfassen, wie etwa den Anteil der Bevölkerung, der in den Genuss bestimmter Dienstleistungen kommt (Leitungswasser, Gesundheit und Bildung).

6.3.2. *Wirtschaftliche Zusammenarbeit*

Das Gesamtziel für diesen Schwerpunktsektor besteht in der Schaffung steigenden Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Sicherstellung der gerechten Aufteilung der daraus erwachsenden Vorteile. Das angepeilte Wirtschaftswachstum soll erzielt werden, indem auf die komparativen Vorteile des Landes (guter Ausbildungsstand der Arbeitskräfte, wirtschaftliche und politische Stabilität, offene, nach außen orientierte Handelspolitik) aufgebaut wird.

Als konkrete Maßnahmen werden unter anderem in Erwägung gezogen: Städteplanung unter Einbeziehung von Themen wie Umweltmanagement, Abfallbewirtschaftung, Planung der baulichen Infrastruktur, die zum Anziehen von Investitionen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich ist; Schaffung des gesetzlichen Rahmens für Handel und Investitionen, Unternehmensentwicklung und regionale Integration. Besonderes Augenmerk wird Fragen des Umweltschutzes eingeräumt werden.

Die von der Regierung zu ergreifenden politischen Maßnahmen würden die Durchführung der restlichen Phasen des erst vor kurzem eingeleiteten nationalen Städteentwicklungsplan sowie gesetzgebende Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas beinhalten.

Die mit den oben erwähnten konkreten Maßnahmen in Verbindung stehenden Indikatoren werden vor allem umweltbezogener und sozialer Natur sein, wie etwa der Grad der Luft- bzw. Wasserverschmutzung, Indikatoren bezüglich Atemerkrankungen und andere Gesundheitsindikatoren.

6.3.3. *Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik*

Das Gesamtziel für diesen Bereich besteht in der Förderung von Costa Ricas regionaler Führungsposition als Wachstumsmotor, der auf technologischer Entwicklung beruht, sowie in seinem Beitrag zu wirtschaftlicher Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit.

Als konkrete Maßnahmen könnte in Erwägung gezogen werden: Unterstützung vermehrten Austausches zwischen Unternehmen und wissenschaftlich-technischen Organisationen, Förderung angewandter Forschung, internationaler Austausch sowie Ausbildung in einer Reihe von Bereichen wie Informationstechnologie, Telekommunikation, Industrieproduktion, Medizin, natürliche Ressourcen und umweltfreundlichere Technologien.

Die eventuell hier zu ergreifenden politischen Maßnahmen könnten den Abschluss internationaler Abkommen, die Sicherstellung der Unabhängigkeit von Wissenschaft und Geschäftswelt sowie die Sicherstellung eines investitionsfreundlichen wirtschaftlichen Klimas umfassen.

Relevante Indikatoren könnten beinhalten: Ströme internationaler Investitionen, Zahlenmaterial über Joint Ventures, Handelsdaten, angemeldete Patente sowie die Anzahl von Absolventen technischer Bildungseinrichtungen.

6.4. Querschnittsfragen

Wie in Kapitel 5 erwähnt, kann Costa Rica in Bereichen wie Menschenrechte und Konfliktverhütung auf ausgezeichnete Ergebnisse verweisen. Geschlechterspezifische Fragen werden automatisch bei der Vorbereitung aller Maßnahmen im Rahmen der Schwerpunktsektoren Berücksichtigung finden. Zusätzlich dazu sind die drei Querschnittsfragen Migration, Umweltmanagement und Dezentralisierung für Costa Rica von entscheidender Bedeutung. Umweltmanagement und Dezentralisierung müssen einerseits im Rahmen eigener Schwerpunktsektormaßnahmen angegangen werden und sich andererseits quer durch alle abgedeckten Bereiche sowie auch zwischen der EU und Costa Rica gegenseitig verstärken.

Und schließlich ist die regionale Integration die wichtigste Priorität für die regionale Strategie in der zentralamerikanischen Subregion. Somit sollte sie auf allen Ebenen der Länderstrategie, in der alle Maßnahmen mit der regionalen Strategie im Einklang stehen sollten, für Costa Rica stets berücksichtigt werden.

6.5. Voraussichtlicher Durchführungsplan

Die unten stehende Tabelle bietet einen annähernden Überblick über den Durchführungszeitplan des Richtprogramms. Der für das erste Projekt vorgesehene Betrag steht bereits fest, da das Projekt im Dezember 2001 vom Ausschuss Entwicklungsländer in Asien und Lateinamerika genehmigt wurde, wohingegen die restlichen Zahlen Richtwerte sind. Der Schwerpunktbereich für 2002 ist wirtschaftliche Entwicklung mit Schwerpunkt auf Städteplanung im Einzugsgebiet von San José, während die Vorbereitungen für den Bereich Wissenschaft und Technik im Jahr 2004 anlaufen werden.

Bereich/Projekt	Betrag	2002	2003	2004	2005	2006
<u>1. Modernisierung und Dezentralisierung des Staates</u>						
Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen	9,6 Mio. EUR					
Finanzierungsabkommen						
Durchführung						
<u>2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit</u>						
Städteplanung	11 Mio. EUR					
Auswahl/Vorbereitung						
Genehmigung						
Finanzierungsabkommen						
Durchführung						
<u>3. Zusammenarbeit in den Bereichen Technik und Wissenschaft</u>						
Entwicklung von Unternehmen im Bereich höherer Technologien	10,9 Mio. EUR					
Vorbereitung						
Genehmigung						
Finanzierungsabkommen						
Durchführung						

7. ANHÄNGE

- Anhang 1** **Ländermerkblatt Costa Rica**
- Anhang 2** **Nationale Entwicklungsagenda von Costa Rica - Sektorpolitiken**
- Anhang 3** **Costa Rica – Gesamtwirtschaftliche und soziale Indikatoren**
- Anhang 4** **EG-finanzierte Zusammenarbeit – Auflistung der Projekte**
- Anhang 5** **Gebermatrix**
- Anhang 6** **Politik-Mix**